

# GRÜNES AUS DEM RATHAUS

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Charlottenburg-Wilmersdorf



Viel Grün  
im Doppelhaushalt

Klimanotstand in  
unserem Bezirk

Wir brauchen eine  
Solardach-Initiative

# WILLKOMMEN IM RATHAUS



Liebe Charlottenburger\*innen.  
Liebe Wilmersdorfer\*innen,

seit der letzten Ausgabe unseres Fraktionsmagazins ist viel passiert: Unsere Vorsitzende Petra Vandrey wechselte ins Abgeordnetenhaus. Neu zu uns gekommen ist Koray Özbagci. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Die Fraktion hat Dagmar Kempf zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt, die nun gemeinsam mit Christoph Wapler die grüne Doppelspitze bildet.

In diesem Heft berichten wir, wie wir bei den Haushaltsberatungen Akzente für die Zukunft des Bezirks gesetzt haben. Sie erfahren von unseren Aktivitäten zum Klimanotstand in Charlottenburg-Wilmersdorf und über die Chancen von Solardächern. Wie soll der ehemalige Güterbahnhof Grunewald entwickelt werden? Wie kann der Bezirk Mieter\*innen unterstützen und bezahlbaren Wohnraum sichern? Die Fasanenstraße soll zu einer Fahrradstraße werden. Weiter beschäftigen wir uns mit der Avus und dem Rückbau am Breitenbachplatz als Zeichen der Verkehrswende. Was passiert im Bezirk gegen Rechts extremismus? Und 3 Tage Kunst belebt wieder die Kunstszene im Bezirk.

Grüne Politik im Rathaus hat viele Facetten, in die wir Ihnen hier einen Einblick geben.

Wir freuen uns über Ihre Anregungen,

Dagmar Kempf und Christoph Wapler  
Fraktionsvorsitzende

## Inhalt

Klimanotstand in unserem Bezirk .....	3
Eine grüne Handschrift im neuen Doppelhaushalt .....	4
Wir brauchen eine Solardach-Initiative .....	6
Die Fasanenstraße soll fahrradfreundlicher werden .....	8
Den Breitenbachplatz für die Menschen zurückgewinnen .....	10
Wohnen & leben in unserem Bezirk .....	11
Entwicklungsgebiet Güterbahnhof Grunewald .....	13
Schulen wachsen mit ihren Herausforderungen wie lange noch? .....	14
Demokratieförderung für eine freie, offene und demokratische Gesellschaft .....	16
Sind Kunstrasensportplätze die nachhaltige Antwort? .....	18
Förderung von Bildenden Künstler*innen im Bezirk .....	21
Unsere Fraktion in der BvV .....	22

# KLIMANOTSTAND IN UNSEREM BEZIRK



**SUSAN DREWS**

Sprecherin für Umwelt und Naturschutz

■ Dass sich in den letzten Jahren etwas verändert hat, kann wahrscheinlich niemand mehr leugnen. Die Sommer sind trocken und so heiß, wie ich es bisher in meinem Leben in Berlin noch nicht erlebt habe. Wenn es regnet, dann ist das inzwischen eher ein Monsunregen, den man aus Indien oder anderen Ländern in der subtropischen Zone kennt. Die Winter sind zu warm. Schnee fällt immer seltener. Schlittenfahren ist für Kinder inzwischen eine absolute Ausnahmeerscheinung geworden.

Ich muss das nicht weiter ausführen, wir haben es alle gemerkt. Und wer es nicht gemerkt hat, der oder die will es nicht merken!

Wir sind alle gefordert etwas zu tun. Ein »weiter so« kann und darf es nicht geben. Dabei müssen wir aus unserer Komfortzone raus. Wir müssen endlich beginnen, unser gesamtes konsumistisches Leben zu überdenken und zu verändern. Solange keine umweltneutralen Alternativen existieren, müssen wir lernen zu teilen (z.B. Carsharing) und uns fragen, ob wir bestimmte Dinge überhaupt brauchen. Letztendlich müssen wir auch lernen zu verzichten. Denn das Wichtigste ist in Gefahr: Unsere Erde. Und auf die können wir nun einmal nicht verzichten. Aber dies ist nicht genug. Der Mensch ist zu bequem, als dass Selbstverpflichtungen die große Wende bringen könnten. So müssen zwangsläufig Gesetze her. Mit Anreizen und zur Not auch mit Verboten werden so Lenkungswirkungen erzeugt, um das Klima zu retten. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes haben wir in Charlottenburg-Wilmersdorf einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht.

Einige andere Städte und Kommunen in Deutschland haben ebenfalls schon den Notstand ausgerufen und wir hoffen, dass noch weitere folgen werden. Auch das Land Berlin ist bereits auf diesem Weg.

Mit dieser Erklärung des Klimanotstands gestehen wir ein, dass die globale Erwärmung menschengemacht ist und dass alles, was wir bisher dagegen getan haben, nicht ausreicht. Wir wollen damit klar machen, dass das Klima nicht wartet und wir sofort und umfassend handeln müssen.

Aber was bedeutet das nun eigentlich im Einzelnen?

Das Klima steht jetzt auf Platz eins. Jegliches Handeln der Bezirksverwaltung wird unter einen Klimavorbehalt gestellt und auf die Auswirkung auf das Klima betrachtet und wenn notwendig modifiziert. Dafür wird ein\*e Klimamanager\*in eingestellt, die/der diese Maßnahmen umsetzen soll. Bei Gebäuden und besonders bei Neubauten soll ein Nullenergiestan-

dard erreicht werden. Durch Dach- und Fassadenbegrünung, Solarnutzung und Regenwasserbewirtschaftung soll das Klima in der Stadt verbessert werden, um nur einige Punkte zu nennen.

Da, wo Verwaltung eingreifen kann, sollen die Auswirkungen auf das Klima Vorrang haben. Alles Weitere ist dann nachrangig.

Das ist schon mal ein guter Anfang aber bei Weitem nicht ausreichend. Wir müssen unser bequemes Leben auf den Prüfstand stellen – jede und jeder einzelne. Ein Wegducken gibt es nicht mehr. Dafür ist die Lage zu Ernst.



Antrag zum Klimanotstand in  
Charlottenburg-Wilmersdorf

<https://gruenlink.de/1nr3>



# EINE GRÜNE HANDSCHRIFT IM NEUEN DOPPELHAUSHALT



Die Zeiten ändern sich. Jahrelang war die Bezirkspolitik in Charlottenburg-Wilmersdorf geprägt von den »Zeiten knapper Kassen«: eine rigorose Austeritätspolitik der vergangenen Berliner Senate, ausgelöst noch vom Bankenskandal und kontinuierlich befeuert von denen, die immer schon glaubten, sie kämen ohne Sozialstaatlichkeit aus. Doch das Gerede vom »Wasserkopf Verwaltung« und dem »schlanken Staat« ist heute nicht einmal mehr von CDU und FDP zu hören. Der rot-rot-grüne Senat hat endlich umgesteuert. Deutlich abzulesen ist das auch am neuen Haushaltsplan des Bezirks.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat den Haushaltsplan mit breiter Mehrheit beschlossen. In den Beratungen hat die grüne Fraktion dafür gesorgt, dass der Bezirk kräftig in seine soziale und ökologische Infrastruktur investiert.

Jahr für Jahr ziehen tausende Menschen neu nach Charlottenburg-Wilmersdorf. Es gilt die Verwaltung zu modernisieren, Wartezeiten zu verkürzen und die Leistungen für die Bürger\*innen nachhaltig zu verbessern. Nur mit kompetenten und motivierten Mitarbeiter\*innen werden Bezirksamt und BVV neue Milieuschutz-Gebiete festlegen können, um Mieter\*innen vor Verdrängung zu schützen und der sozialen Spaltung in der Stadt entgegenzuwirken. Nur mit den Fachkräften der Verwaltung wird es gelingen, die »autogerechte Stadt« in eine Metropole der sanften und nachhaltigen Mobilität umzugestalten – zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen, die hier leben. Und nur mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung werden die Sozial- und die Jugendarbeit des Bezirks den Ansprüchen der Bürger\*innen gerecht.

Die grüne Fraktion hat für die zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren noch einmal mehr Geld zur Verfügung gestellt, als das Bezirksamt vorgeschlagen hat. Etwa für dringend erforderliche Maßnahmen zum Klimaschutz: die Abteilung Stadtentwicklung von Stadtrat Oliver Schruoffeneger erhält eine\*n Klimaschutz-Manager\*in und sämtliche Beschlüsse des Bezirksamts werden zukünftig auf ihre Klimabelastung überprüft. Jährlich werden weitere 500.000 Euro für Klimaschutz-



## CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Haushalt und Ordnung

maßnahmen, Grünpflege und die Entwicklung der nachhaltigen und sozialen Stadt bereitgestellt.

Die vielen Hinweise der Bürger\*innen auf unsichere Schulwege im Bezirk nehmen wir auf und investieren jährlich weitere 200.000 Euro in die Verkehrssicherheit. Das betrifft im Übrigen auch das konsequente Abschleppen von Falschparkenden: dafür erhält das Ordnungsamt zusätzlich zehn weitere Stellen mit der Auflage an den CDU-Stadtrat, das Vollzugsdefizit im Bezirk endlich zu beseitigen.

Mit rund einer Million Euro zusätzlich pro Jahr stärkt die Zählgemeinschaft von GRÜNEN, SPD und LINKE die Jugendarbeit im Bezirk. Jetzt erhalten die Jugendfreizeiteinrichtungen Gelder für dringend benötigte zusätzliche Mitarbeiter\*innen, können wir schließlich mehr Jugendlichen die Teilnahme an Begegnungen und Kursen der politischen Bildung ermöglichen und erhalten die Träger der freien Jugendhilfe endlich angemessene Zuschüsse für ihre Projekte.

Und wo Charlottenburg-Wilmersdorf in die Zukunft investiert, da müssen seine Bürger\*innen mitreden. Voraussetzung für die Wirksamkeit der politischen Entscheidungen und Planungen ist die Kooperation der Menschen, die hier leben. Dafür unternehmen wir jetzt

einen neuen Anlauf, um die Beteiligung im Bezirk zu stärken und auszubauen. Ein eigenes Beteiligungsbüro, das direkt beim Bürgermeister angesiedelt ist, soll die Mitarbeiter\*innen unterstützen und die Partizipation aller Bürger\*innen in sämtlichen Bereichen der Bezirkspolitik fördern.

Mit den Investitionen im Haushaltsplan 2020/2021 haben wir Grüne unsere politischen Schwerpunkte gesetzt. Jetzt wird es darauf ankommen, die nüchternen Zahlen mit Leben zu füllen und die guten Vorsätze auch Wirklichkeit werden zu lassen, gemeinsam mit den Menschen im Bezirk. Die Herausforderungen des sozialen und ökologischen Stadtumbaus sind groß. Wir gehen sie an.



Anträge zum  
Haushaltsentwurf 2020/21

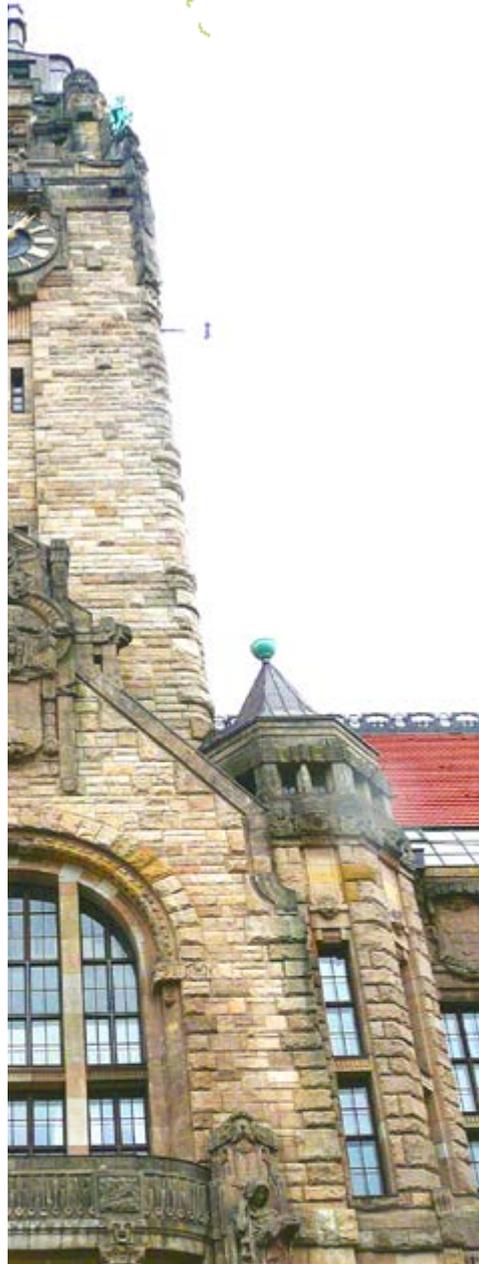
<https://gruenlink.de/1nr7>

<https://gruenlink.de/1nr8>



Video Interview  
Schwerpunkte im Haushalt  
mit Christoph Wapler

<https://gruenlink.de/1nr9>





# WIR BRAUCHEN EINE SOLARDACH-INITIATIVE

## SIBYLLE C. CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz  
und Liegenschaften

■ Mit dem im August veröffentlichten Masterplan Solarcity der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sollen jetzt die Potenziale der Sonnenenergie in Berlin systematisch gehoben werden. Investitionen in Solar-systeme und eine Strategie der Umsetzung werden deshalb vom Land Berlin großzügig gefördert.

Photovoltaik (PV), eine Technologie, die Sonnenstrahlen in Strom verwandelt, wird seit 1958 in der Raumfahrt eingesetzt. An der TU Berlin in Charlottenburg wurde die Technologie in den 80er Jahren weiter bis zur Marktreife entwickelt, maßgeblich im studentischen Projektlabor »Wuseltromnik«. Die Gründer von Solon, Q-Cells

und dem Photovoltaik-Institut Berlin haben hier getüftelt, ausprobiert und gelernt. Durch die mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1991 gesicherten Einspeisevergütungen und dem 2000 nachfolgenden Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fanden Solarmodule »Made in Germany« zwanzig Jahre lang sichere Absatzmärkte. Beson-





ders im Süden Deutschlands dezentral eingesetzt, ab 2008 auch durch die Freiflächenphotovoltaik, blieb die Binnennachfrage bis 2011 stabil. Durch ein Überangebot der Modulproduktion brach die Produktion in Deutschland bis 2013 ein, zahlreiche Solarfabriken schlossen.

Begann man schon Mitte der 90er auf den Schuldächern im sonnenverwöhnten Baden-Württemberg genossenschaftlich in Erneuerbare Energien zu investieren, so tut man sich in Berlin trotz heute besserer Wirkungsgrade von bis zu 90 Prozent noch immer schwer. Dabei sind die Kosten der Stromerzeugung aus Photovoltaik von 2011 bis 2017 um fast 75 Prozent gefallen. Gleichzeitig stieg der Anteil des Solarstroms am Strommix bis auf rund 8 Prozent. Trotz gesicherter Rendite scheitert die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin bislang mit »Energiewende Selbermachen« an der Bürokratie, z. B. an den komplizierten

Regelungen im erst 2017 beschlossene Mieterstromgesetz für den Geschosswohnungsbau.

Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030, vom Januar 2018) will 4 Gigawatt PV-Leistung erschließen und Berlin bis 2050 klimaneutral machen. Nachdem die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) 2018 das Berliner Solarpotenzial errechnet hat, braucht es nun eine Strategie der Umsetzung in jedem Bezirk. Denn Photovoltaik mit ca. 1 Prozent der Investitionskosten im Neubau kann enorme Einsparungen an Stromkosten bringen. Zudem fallen beim Eigenverbrauch Netz- und Leitungskosten weg. Im Ergebnis könnte zukünftig ein Drittel des Berliner Stromverbrauchs solar durch die Photovoltaik gedeckt werden. Bisher werden nur 0,4 Prozent des Stromverbrauchs durch PV erbracht. Eine Tabelle der geeigneten Objekte

in Charlottenburg Wilmersdorf liegt bereits vor. Das größte öffentliche Potenzial haben Schuldächer mit geschätzten 2,5 MW Leistung. Hinzu kommen private Gewerbeflächen mit 18 MW und Wohngebäude mit knapp 2 MW. In unserem Bezirk könnten selbst konservativ gerechnet – so die Studie der HTW – 20 Prozent des Stromverbrauches durch Photovoltaik gedeckt werden.

Für das Ziel, Berlin bis 2050 klimaneutral zu machen, braucht die Stadt eine dezentrale Energiewende. Dafür sollten für Hauseigentümer\*innen und Investor\*innen Beratungsleistungen erbracht werden. Auch die bezirkliche Bauberatung sollte zukunftstauglich zu einer Solar- und Energieberatung weiterentwickelt werden. Schließlich stehen die Gebäude, in die jetzt investiert wird, 2050 immer noch.

# DIE FASANENSTRASSE SOLL FAHRRADFREUNDLICHER WERDEN

Die Fasanenstraße ist eine berlinweit wichtige Radroute in unserem Bezirk, die den Norden mit dem Süden verbindet. Im Norden hat sie Anschluss an die Ost-West-Achse der Straße des 17. Juni, wo voraussichtlich eine Rad-schnellverbindung von Spandau in Richtung Mitte entstehen wird, und an den Spreeweg in Richtung Nordwesten zum Schloss Charlottenburg und später darüber hinaus. Den Spreeweg plant die neue Fahrradinfrastrukturgesellschaft InfraVelo GmbH von Berlin, weil hier nicht nur die Bezirke Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte, sondern an den Engstellen auch die Wasserschiffahrtsverwaltung (WSV) beteiligt sind. Das kann ein Bezirk allein kaum stemmen.

Doch zurück zur Fasanenstraße. Im Süden knüpft sie durch die Querverbindung über Nikolsburger und Prager Platz an die Fahrradstraße Prinzregentenstraße an. Damit bildet sie den Weg aus Friedenau in das Herz der City West und dem Campus Charlottenburg mit der TU und der UDK. Dafür wurde die Einbahnstraßenregelung für Radfahrende zwischen der Hardenbergstraße und dem Fasanenplatz aufgehoben. Das sich Radfahren in der Stadt immer

größerer Beliebtheit erfreut, merkt mensch auch auf der Fasanenstraße. Hier wird es für die Radfahrenden mittlerweile zu eng. Außerdem werden die Lieferzonen immer wieder von Falschparkenden zugestellt, so dass viele Transporter in zweiter Reihe stehen und die Radfahrenden zu gefährlichen Überholmanövern zwingen.

Um das umweltfreundliche Radfahren hier zu verbessern, haben wir uns gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) City West und dem Netzwerk Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf überlegt, wie die Situation gestaltet werden kann.

Das Falschparken muss konsequenter angegangen werden, damit Lieferfahrzeuge die Ladebereiche nutzen und dort be- oder entladen werden können, ohne den Verkehr zu behindern. Der motorisierte Durchgangsverkehr Richtung Süden ist zu unterbinden, dafür bietet die parallele Joachimsthaler Straße ausreichend Platz. Damit die Radfahrenden Richtung Norden genügend Platz bekommen, wollen wir den Bereich entweder in eine Fahrradstraße, die nur für Anliegende frei ist, umwandeln und das Parken auf der östlichen Seite der Fasanenstraße zwischen Lietzenburger- und Hardenbergstraße nicht mehr gestatten. Im Bereich der Fasanenstraße gibt es genügend Parkhäuser, die freie Plätze haben.

Eine andere Möglichkeit wäre, in dem Bereich einen abgetrennten Radstreifen Richtung Norden zu bauen. Beide Varianten würden mehr Platz für das Rad schaffen. Damit wollen wir einen Beitrag leisten, auf der vielbefahrenen Nord-Süd-Route im Bezirk ein attraktiveres Teilstück für die Radfahrenden zu gestalten.



Antrag und Beschluss der BVV  
Fasanenstraße  
fahrradfreundlicher gestalten

<https://gruenlink.de/1npz>





**ALEXANDER KAAS ELIAS**  
Sprecher für Soziales & Mobilität

# KEIN ZUSÄTZLICHER LÄRM FÜR DIE CITY-WEST



Grüne beantragen

**ÜBER UMBAUPLÄNE  
INFORMIEREN!**

Autobahndreieck-Funkturm



Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung plant den Umbau des Autobahndreiecks am Funkturm. Dabei soll eine neue Anschlussstelle an der Jafféstraße/Messedamm gebaut werden. Unsere Fraktion fordert, dass dieser Anschluss nicht als Brückenbauwerk realisiert wird, um die Anwohnenden vor noch mehr Lärm zu schützen. Davon wäre nicht nur die Siedlung Eichkamp betroffen, sondern weite Teile der City-West würden unter einem höheren Geräuschpegel leiden. Unser Antrag wurde mit breiter Mehrheit in der BVV angenommen.

Die Anwohner\*innen an der Trasse wollen so früh wie möglich in die Planungen miteinbezogen werden. Wir setzen uns für einen stetigen Bürgerbeteiligungsprozess ein. Unser Antrag, die Anwohner\*innen des Autobahndreiecks Funkturm über die Planungen des dortigen Umbaus und die sich daraus ergebenden städtebaulichen Konsequenzen zu informieren, wurde in der BVV angenommen. Erst sehr spät hat sich die Autobahnplanungsgesellschaft zu einer Informationsveranstaltung durchgerungen, der Senat ist hier als Auftraggeber auch in der Pflicht. Außerdem wollen wir, dass das Gutachten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung veröffentlicht wird.



**Antrag**

<https://gruenlink.de/1nso>

<https://gruenlink.de/1nsp>

**Anfrage**

<https://gruenlink.de/1nyk>



# DEN BREITENBACHPLATZ FÜR DIE MENSCHEN ZURÜCKGEWINNEN



Ein Ungetüm aus Beton überspannt den Breitenbachplatz – die Autobahnbrücke, in den 1950er Jahren geplant, in den 1970er Jahren errichtet. Seitdem wird der ursprünglich attraktive Platz kaum genutzt, fühlt mensch sich dort doch wie auf einer Verkehrsinsel. Unser Antrag, sich für den Abriss dieser Brücke einzusetzen, wurde mit großer Mehrheit in der BVV beschlossen. Mittlerweile hat sich auch das Berliner Abgeordnetenhaus für die Prüfung des Abrisses entschieden.

»Der große politische Konsens ist eine Chance, den Breitenbachplatz wieder neu zu beleben, stellte Benedikt Lux, Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus,

auf unserer Informationsveranstaltung fest, die wir gemeinsam mit der bündnisgrünen BVV-Fraktion Steglitz-Zehlendorf durchgeführt hatten. Die Bürgerinitiative Breitenbachplatz stellte mit ihrem Vorsitzenden Herrn Ulrich Rosenbaum ihre Visionen vor. Viel Anwohner\*innen kamen, um mit uns gemeinsam über die Perspektiven für den Platz zu diskutieren.

Berlin betritt mit dem Abriss der Brücke Neuland. Viele andere Städte haben bereits damit begonnen, die autogerechte Stadt zurückzubauen. Beispiele dazu wurden an dem Abend präsentiert. Unsere Fraktionsvorsitzender Christoph Wapler sagt dazu: »Die autogerechte Stadt ist ein Modell von gestern. Am Platz wird nach dem Rückbau mehr Leben stattfinden können. Die Aufenthaltsqualität wird sich verbessern.«

Antrag

<https://gruenlink.de/1nsm>

AGH-Beschluss

<https://gruenlink.de/1nsn>



# WOHNEN & LEBEN IN UNSEREM BEZIRK



**ANSGAR GUSY**

Sprecher für Baupolitik

## Geisterhaus – wenn Häuser lange leerstehen

Geisterhäuser nennt man Wohnhäuser, die lange Zeit leer stehen, ohne dass der Grund ersichtlich ist. Oft sind es überforderte Eigentümer\*innen, die zu alt geworden sind und sich nicht mehr um ihr Haus oder ihre Häuser kümmern können. Jedoch gibt es auch Spekulant\*innen, die ihr Haus leer stehen lassen, um einen höheren Gewinn zu machen. Ein bekanntes Haus steht zum Beispiel in der Wilmersdorfer Straße direkt am Adenauerplatz. Den Mieter\*innen wurde schon vor Jahren gekündigt. Seitdem stehen die Wohnungen leer. Nach der Novellierung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes ist es nun möglich, eine/n Treuhänder\*in einzusetzen, um die Wohnungen wieder zu vermieten und nötigenfalls vorher instand zu setzen. Auf unsere schriftliche Anfrage teilte uns das Bezirksamt mit, dass es dafür Unterstützung vom Senat braucht. Zwischenzeitlich hätte die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft »Stadt und Land« sich bereit erklärt, solche Häuser als Treuhänderin zu übernehmen. Ärgerlich ist jedoch, dass solche Verfahren sehr lange dauern und somit die Wohnungen nicht schnell wieder vermietet werden können.

### Anfrage

<https://gruenlink.de/1nry>



## Mieter\*innen besser informieren und beraten

Wir forderten das Bezirksamt auf, allen Bürger\*innen, die im Bezirk einen Wohnsitz anmelden, bei der Vorsprache im Bürgeramt umfassende schriftliche Informationen über die Beschränkung von Mieterhöhungen, insbesondere die Regelungen der modifizierten Mietpreisbremse auszuhändigen. Teil dieser Information soll der Hinweis auf die Möglichkeit der Online-Abfrage bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sein. Eine Aufstellung der unterstützenden Angebote und Anlaufstellen für Mieter\*innen im Bezirk ist beizufügen. Der Ordnungsstadtrat der CDU hat in seiner Antwort ökologische Gründe angeführt, um nicht monatlich ca. 2.300 Personen über die Mietpreisbremse zu informieren. Das wollten wir so nicht stehen lassen und haben im Ausschuss interveniert. Der Stadtrat sagte zu, dass er noch einmal prüfen wolle, wie eine Information möglich sei. Denn trotz Mietpreisbremse fordern oft Vermieter\*innen wesentlich mehr Miete, als sie vom

Vormieter bekommen haben. Das sollte die Mietpreisbremse aber ausschließen. Mit der Novellierung wurde die Informationspflicht des Vermieters erweitert. Doch oft sind neue Mieter\*innen froh, eine Wohnung gefunden zu haben und zahlen den höheren Preis. Das führt langfristig zu einem Anstieg des Mietspiegels und damit zu höheren Mieten für Alle.

Nicht verändert hat sich bisher die Mieterberatung im Bezirk. Statt eine niedrigschwellige Beratung ohne Anmeldung und Termin einzuführen und z.B. auf Festen eine/n Ansprechpartner\*in zu haben, will Ordnungsstadtrat Herz lieber abwarten, wie die bisherige Mieterberatung angenommen wird, bei der vorher telefonisch zu sehr eingeschränkten Zeiten ein Termin vereinbart werden muss. Dafür schöpft er nicht einmal alle Mittel, die der Senat zur Verfügung stellt, aus. Lieber gibt er das Geld zurück und nutzt Gelder einer Stiftung.

### Anfrage

<https://gruenlink.de/1ns0>



### Weitere Informationen zum Milieuschutz:

<https://gruenlink.de/1hmz>





**JENNY WIELAND**

Sprecherin für Stadtentwicklung

Seit inzwischen bald zehn Jahren ist das Areal des Güterbahnhofs Grunewald, wie eine riesige abgeschlossene Linse zwischen Avus, Westkreuz und Grunewald gelegen, zum Spielball von Investoreninteressen geworden. Zunächst hat der bundesweit agierende Möbelhändler Krieger in der Absicht, auf der Fläche mehrere Möbelhäuser mit direkter Autobahnanbindung zu errichten, das Grundstück von der Deutschen Bahn erworben und in einem ersten Schritt mehrere historisch wertvolle Bahngelände abreißen

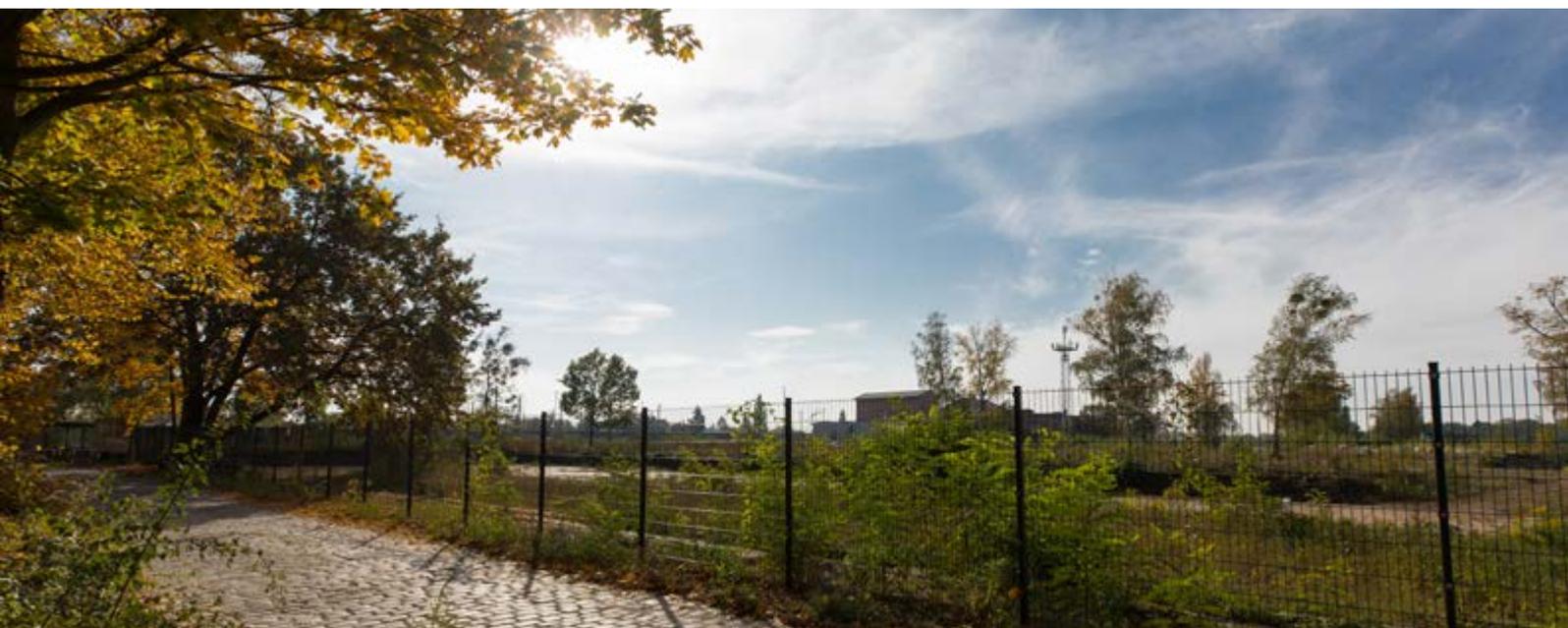
lassen, die bedauerlicherweise nicht unter Denkmalschutz standen.

Für die Grüne BVV-Fraktion war rasch klar, dass sie die Planungsabsicht Herrn Kriegers für diesen mitten in einer elementaren Kaltluftschneise zwischen Grunewald und City West gelegenen Standort nicht unterstützt, sondern sich hier eine sorgfältige und vorsichtige Entwicklung unter Beteiligung der Anwohner\*innen vorstellt. Gemeinsam mit der SPD hat sie dies gegenüber Herrn Krieger deutlich

gemacht und stattdessen ein umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren als »Charette-Prozess« initiiert. Dabei wurde ein Konzept entwickelt, das eine luftige zurückhaltende Wohnbebauung umgeben von großen Grünflächen und geschützt durch einen Schallschutzwall die erforderlichen Luftströme ermöglicht und dennoch eine Anbindung an die Innenstadt herstellt. In einem BVV-Antrag habe ich bereits 2014 darauf hingewirkt, dass die Ergebnisse des Charette-Prozesses als verbindlich zu betrachten sein sollen.



# ENTWICKLUNGSGEBIET GÜTERBAHNHOF GRUNEWALD



Im Anschluss an das Charette-Verfahren jedoch wurde das Grundstück mehrfach weiterverkauft und die jeweiligen Eigentümer zeigten kein Interesse mehr an der Umsetzung des Charette-Ergebnisses. Mit den Jahren wurde deutlich, dass die Fläche offenbar ein bloßes Spekulationsobjekt bleiben soll. Wie also kann der Bezirk erreichen, die städtebauliche Gestaltung dieses Areals in die eigene Hand zu nehmen, um die mit dem Charette-Verfahren erarbeiteten übergeordneten Ziele Klimaschutz sowie Deckung von hohem Wohn- und Arbeitsbedarf umsetzen zu können?

Im Februar 2019 ist daher auf meinen Antrag hin von der BVV beschlossen worden, das Areal des Güterbahnhofs Grunewald einer sogenannten städ-

tebaulichen Entwicklungsmaßnahme zuzuführen. Dies kann gemäß Baugesetzbuch in Gebieten, die im öffentlichen Interesse liegen und die für die Entwicklung der Gemeinde von besonderer Bedeutung sind, angewandt werden. Von der Gemeinde muss unter Beteiligung der Öffentlichkeit und nach umfangreichen Untersuchungen eine Entwicklungssatzung beschlossen werden. Zur Sicherung der Entwicklung stehen dann alle weiteren Verkaufsvorgänge unter einem Genehmigungsvorbehalt, der Grundstückspreis wird eingefroren, der Spekulation damit Einhalt geboten. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, Grundstücke selbst zum

niedrigen Verkehrswert zu erwerben und die künftige Entwicklung im eigenen Sinn mit Hilfe von Sanierungsträgern zu steuern sowie Fördermittel des Bundes einzuwerben.

Das Instrument der Entwicklungsmaßnahme ist zwar aufwändig in der Umsetzung, jedoch bietet es dem Bezirk die Chance, hier endlich die kommunale Planungshoheit wieder gewinnen zu können. Ich freue mich, dass meine Initiative dazu geführt hat, dass die Entwicklungsmaßnahme für den Güterbahnhof Grunewald im Herbst 2019 in Kraft treten kann.



Antrag

<https://gruenlink.de/1nr2>

# SCHULEN WACHSEN MIT IHREN HERAUSFORDERUNGEN WIE LANGE NOCH?



Berlin belegt in zahlreichen Studien den letzten Platz im Bereich Bildung. So war es auch keine Überraschung, dass beim INSM-Bildungsmonitor, einer Vergleichsstudie, die von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) initiiert wird, Berlin nur 43 von 100 Punkten erreicht hat und somit auf dem letzten Platz landete. Untersucht wurden Schulqualität, Integration, Bildungsarmut, berufliche Bildung, Förderinfrastruktur und Forschungsein-

richtungen. Jedoch rollt auf Berlin ein Problem zu, welches weitaus schlimmer ist, als der letzte Platz in der Bildung: und zwar keinen Schulplatz zu erhalten. Der Schulplatzmangel wird nämlich das zentrale Thema der nächsten Jahre in der Berliner Bildungspolitik sein.

Seit vielen Jahren ist die Berliner Bildungslandschaft eine große Baustelle und man reagiert auf Probleme, statt zukunftsweisend Strategien aufzu-

stellen und Probleme zu entschärfen, bevor sie entstehen. Durch den Schulplatzmangel und die steigenden Schülerzahlen bekommen immer weniger Schüler\*innen einen Platz an der Wunschschule. 2014 waren es noch unter 1000 Schüler, aktuell haben wir über 2500 Schüler\*innen, welche nicht an einer ihrer drei Wunschschulen untergekommen sind. Dadurch ergeben sich Fahrzeiten von teils über einer Stunde zur Schule. Die Nachfrage war



## KORAY ÖZBAGCI

Sprecher für Schulpolitik

an 82 Berliner Sekundarschulen und 62 Gymnasien dieses Jahr größer als die Kapazitäten. Diese Problematik macht sich, wenn auch weniger ausgeprägt, ebenso in Charlottenburg-Wilmersdorf bemerkbar. Einige Schulen haben zusätzliche Klassen eingerichtet. Eine unbegrenzte Erhöhung der Schülerzahlen ist verständlicherweise auch nicht möglich, denn neben dem fehlenden Personal sind zu enge Gänge, zu kleine Klassenräume und eine mangelnde technische Ausstattung schon heute ein großes Problem. Daher müssen wir als Bezirk die Schulen im Rahmen unserer Möglichkeiten ertüchtigen, damit sie auf steigende Schülerzahlen reagieren können. Berlin wächst und mit der Stadt wachsen die Schülerzahlen – alleine um rund 27.818 Kinder in den letzten fünf Jahren. Der Bezirk steht hier in der Verantwortung, die Schulen rechtzeitig zu sanieren und Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen.

Im Schuljahr 2021/22 sollen laut Senatsverwaltung für Bildung 24.000 Schulplätze berlinweit fehlen. Bei einer

Nachberechnung sank diese Zahl auf 9.500 fehlende Schulplätze. Auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird es dadurch zu Engpässen kommen. Grundschulen und integrierte Sekundarschulen sind besonders betroffen. Natürlich stellt sich die Frage, weshalb das Problem erst jetzt erkannt wurde. Für Charlottenburg-Wilmersdorf ist das Problem nicht so gravierend, hier reichen nach bisherigen Planungen Erweiterungsbauten, um alle Schüler\*innen unterzubringen.

Für uns Grüne ist es wichtig, den Schulneubau und die Erweiterung der Schulkapazitäten jetzt effektiv anzugehen. Hierfür bedarf es neuer Wege und weniger Bürokratie. Es muss möglich sein in einer Legislaturperiode eine Schule nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern auch zu eröffnen. Ausschreibungen müssen vereinfacht und Fristen verkürzt werden, damit es zügig losgeht. Prämienzahlungen bei frühzeitigem Bauabschluss schaffen Anreize für Baufirmen, Schulbauten priorisiert fertigzustellen. Um Schulsanierungen



und -erweiterungen weiter problemlos durchführen zu können, muss das Bezirksamt besser ausgestattet werden mit Mitarbeiter\*innen mit besseren Tarifeinstufungen, um eine Abwanderung zum Senat verhindern. Die neuen Schulen müssen als Lern- und Lebensort gestaltet sein für den Ganztagsbetrieb und die inklusive Bildung. Wir haben nicht mehr allzu lange Zeit, denn das nächste Schuljahr kommt bestimmt.

# DEMOKRATIEFÖRDERUNG FÜR EINE FREIE, OFFENE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT



■ Demokratie erscheint uns heute selbstverständlich, aber das ist sie leider nicht. Sie muss immer wieder aufs Neue erarbeitet und verteidigt werden. Ebenso müssen wir unsere freie und offene Gesellschaft immer wieder aufs Neue verteidigen. Das braucht eine starke Zivilgesellschaft, die unterstützt und gefördert werden muss.

Wir müssen lernen die Bedrohung unserer Demokratie und unserer freien, offenen Gesellschaft zu erkennen. Nicht nur diejenige, die offen als Extremismus daherkommt, sondern vor allem auch

diejenige, die nach dem Motto »das wird man ja wohl noch sagen dürfen« versucht, unsere Gesellschaft zu unterwandern. Oft werden auch Einzelfälle oder sogar Falschmeldungen herangezogen, um Hass zu schüren und unsere Gesellschaft zu spalten.

Besonders perfide ist es, wenn die AFD Antisemitismus anprangert um Muslimfeindlichkeit zu schüren. Eine Partei, die rechtsextremes Vokabular gebraucht, deren hochrangige Vertreter die NS Zeit als einen »Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« verharmlo-

sen, den Holocaust leugnen oder das Denkmal für die Ermordeten Juden als »Denkmal der Schande« bezeichnen, will nicht unsere jüdischen Mitbürger\*innen schützen, sondern nur Hass und Hetze schüren und unsere Gesellschaft spalten!

Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Homophobie dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir müssen indirekte, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch in den subtileren Formen erkennen und uns dagegen wehren.



**PARWIN KOULOUBANDI**

Sprecherin für Weiterbildung

Wir müssen die Vorteile einer pluralistischen Gesellschaft aufzeigen und uns dafür einsetzen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion sich begegnen und Vorurteile abgebaut werden. Dies geschieht bei uns im Bezirk in interkulturellen Zentren, wie etwa der Ulme 35 oder dem Haus der Nachbarschaft. Aber auch Schulen, Sportvereine oder der Arbeitsplatz sind Orte, wo Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, sozialem Hintergrund usw. aufeinandertreffen. Da sind die Schulen, die Sportvereine und die Firmen gefragt, eine Kultur des gegenseitigen Respekts zu etablieren und jede Art von Diskriminierung zu unterbinden. Das sind nicht nur die groben Verstöße oder gar Straftaten. Es beginnt bei Kleinigkeiten wie unangebrachten Witzen, über die oftmals hinweggeschaut wird.

Demokratieförderung muss vor allem bei den jungen Menschen ansetzen. Die Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen. Sie werden eines Tages die Geschicke des Landes leiten, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und nicht zuletzt auch durch ihre Entscheidungen als Wähler\*innen. Junge Menschen sind noch aufgeschlossen, begeisterungsfähig und voller Tatendrang.



In diesem Zusammenhang ist die Arbeit der »Partnerschaft für Demokratie« in unserem Bezirk so wichtig. Die von der »Partnerschaft für Demokratie« geförderten Projekte richten sich an Kinder und Jugendliche. Es geht um Demokratie und Beteiligung, um Diversity und Vielfalt, um Willkommenskultur und um Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Als Beispiel ist das Projekt »Diversity im Bogensport« des Gemeinschaftlichen Bogensportvereins 1. GBC Berlin zu nennen. Mit einer Ausstellung im Rathaus Charlottenburg machten die Mitglieder des lesbisch-wulen Bogensportvereins auf Ausgrenzung

in dieser Sportart aufmerksam und stellten ihre Erfahrungen von Diskriminierung dar.

2019 beteiligte sich die »Partnerschaft für Demokratie« erstmalig an den Gegenprotesten zum antisemitischen Al-Quds-Marsch auf dem Kurfürstendamm. In Vorbereitung darauf organisierte sie eine Informationsveranstaltung.

»Partnerschaft für Demokratie« ist ein wichtiges Instrument, mit dem die Zivilgesellschaft in unserem Bezirk gestärkt wird.



Weitere Informationen unter:

<https://gruenlink.de/1npw>



**SIND KUNSTRASENSPORTPLÄTZE  
DIE NACHHALTIGE ANTWORT?**



**ALEXANDER KOCH**

Sportpolitischer Sprecher

Die Bezirkspolitik bietet interessante Beispiele, bei denen verschiedene Interessen sorgfältig abgewogen werden müssen, um für eine breite Mehrheit die beste Lösung zu finden. Bei der Sportpolitik kommt immer die Frage auf, ob der Bezirk Sportplätze mit Kunstrasen belegen soll.

Das Sportamt und viele Vereine verfolgen die Linie, Sportplätze mit Kunstrasen zu belegen. Die Nutzungskapazitäten können hierdurch enorm gesteigert werden. Ein Naturrasenplatz kann lediglich zwei bis drei Stunden täglich genutzt werden; ein Kunstrasenplatz kennt solche zeitlichen Beschränkungen nicht. Zudem können Kunstrasenplätze beliebig im Winter bespielt werden, was bei Naturrasenplätzen nachhaltige Schäden nach sich ziehen kann.

Aus dem umweltpolitischen Blickwinkel stellt sich das Ganze in einem weniger sanftem Licht dar, weil das als Füllmaterial verwendete Gummigranulat eine erhebliche Quelle von Mikroplastik birgt, das in die Gewässer und irgendwann auch in die Meere gelangt. Die Dimensionen des Mikro-

plastikabriebs sind auch nicht zu unterschätzen: Nach dem Abrieb von Autoreifen belegt das aus Sportplätzen freigesetzte Mikroplastik Platz fünf in Deutschland. Ferner sind die Belastungen durch die Entsorgung des Platzmaterials zu berücksichtigen, während diese bei einem Naturrasen nicht anfallen. Naturrasenplätze wirken sich auch besser auf das Stadtklima aus, was bei einem fortschreitenden Klimawandel und der in den Großstädten steigenden Temperaturen nicht zu unterschätzen ist.

Seit Fridays for Future mag das Thema Klimaschutz auch bei den anderen Parteien en vogue sein. Sozial- und Christdemokraten übertreffen sich in ihren Absichtserklärungen für einen Klimaschutz. In der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf ist der neue Trend noch nicht so recht angekommen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird eine Mehrheit die bisherige Praxis der Kunstrasenplätze unterstützen.

Ein striktes Verbot von Kunstrasen und die Umwandlung in Naturrasenplätze ist aber auch kritisch zu hinterfragen. Mehr Sportler\*innen brauchen auch mehr Platz oder mehr Zeit, in denen die Plätze genutzt werden kön-

nen. Neben dem Umweltschutz setzen sich BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN seit langem dafür ein, die in den Sportvereinen unterdurchschnittlich vertretenen Mädchen zu einer stärkeren Teilnahme am Breitensport zu animieren. Mehr Sportplätze mit Naturrasen anzubieten ist nur begrenzt möglich, da es nur wenige Sportplätze gibt, die bisher nicht genutzt und saniert werden können.

Es bleibt zu hoffen, dass ein Mittelweg zur Lösung führen kann. Im Jahn-Stadion gibt es einen Kunstrasen, der mit Kork und Kokos verfüllt ist. Diese Erfahrungen sollen ausgewertet werden. Wir bleiben jedenfalls am Ball.



**Antrag Nutzer\*innenanalyse**

<https://gruenlink.de/1nr6>



**DAGMAR KEMPF**

Fraktionsvorsitzende,  
Sprecherin für Kultur und Wirtschaft

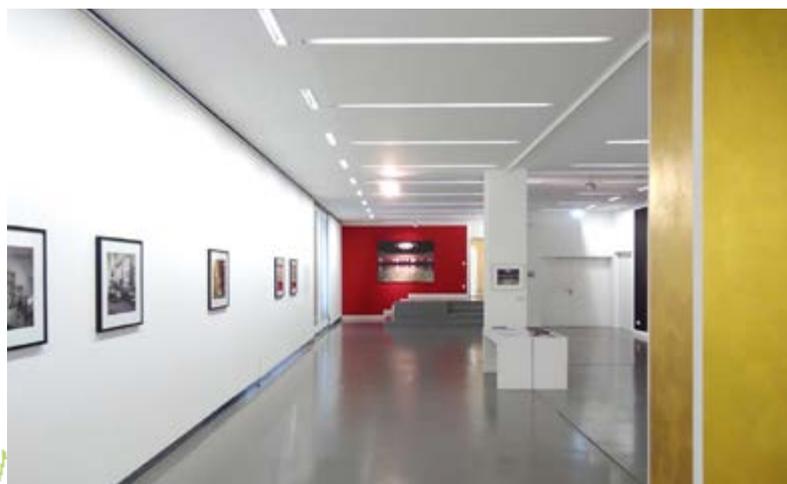


## Begegnungen in der Kommunalen Galerie Berlin

Seit über 40 Jahren ist die Kommunale Galerie am Hohenzollerndamm ein beachtetes Forum für Kunst der Gegenwart in Charlottenburg-Wilmersdorf. Nach Umbau und Modernisierung 2009 werden auf 400 m<sup>2</sup> ständig wechselnde Ausstellungen in diversen Kunstformen gezeigt, auch außerhalb der Galerie. So erfahren Kunstschaffende, die im Bezirk leben und arbeiten, Aufmerksamkeit und erhalten ein Ausstellungshonorar, finanziert durch den Senat, verwaltet durch das bezirkliche Kunstamt. Eintritt wird nicht erhoben. Die

Ausstellungsorganisation und Finanzierung erfolgt auch durch das Kunstamt und alle Werke sind verkäuflich.

Neben zahlreichen Wechselausstellungen sind auch Atelierrundgänge, Projekt- und Katalogförderungen und die Bereitstellung von Atelierräumen im Bezirk Teil der Arbeit des Kunstamtes, die Künstler\*innen unterstützt. Die Messe 3 TAGE KUNST ist ein weiteres wichtiges Instrument zur Förderung von im Bezirk lebenden und arbeitenden Künstler\*innen.



# FÖRDERUNG VON BILDENDEN KÜNSTLER\*INNEN IM BEZIRK

## Die Artothek – Kunst zum Ausleihen

Die Artothek präsentiert Werke moderner und zeitgenössischer Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts von Künstlerinnen und Künstlern, die in Berlin leben und arbeiten. Sie können von Interessierten zeitlich begrenzt, gegen geringe Gebühr ausgeliehen werden. Die Artothek ist, wie 3 TAGE KUNST, ein Instrument der bezirklichen Künstler\*innenförderung und vermittelt Kunst der Gegenwart im Bezirk. Jährlich werden durch den Bezirk neue Werke angekauft und in Sonderausstellungen gezeigt. Auch Schenkungen ergänzen diese Sammlung. Somit wird der Bestand der Artothek ständig erweitert.

## Sicherung der Infrastruktur – mit Kunst in die Stadtgesellschaft hineinwirken

Mit der Verabschiedung des Haushaltes 2020/2021 ist gewährleistet, dass der Austausch mit der Stadtgesellschaft weiterhin stattfindet und perspektivisch ausgebaut werden kann. Es besteht bereits eine Kooperation mit der Universität der Künste Berlin. Meisterschüler\*innen und Stipendiat\*innen werden in der Kommunalen Galerie vorgestellt, und jährlich finden in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Galerien anderer Bezirke die gut besuchten Touren durch die Galerien statt. Themenausstellungen wirken nicht nur in das städtische Kunstgeschehen ein, sondern sollen die Kommunale Galerie und ihre engagierten Aktivitäten für den gesellschaftlichen Diskurs öffnen und diesen bereichern. Dazu braucht es auch Unterstützung aus der Politik. Kunst darf hier nicht als nicht so Wichtiges und nur dem Zeitvertreib geschuldetes Mittel gelten. Künstlerinnen und Künstler zeigen uns laborartig neue Wege auf, auf die wir neugierig sind.

## 3 TAGE KUNST – Messe für Gegenwartskunst

Seit 2012 gibt es diese bezirkliche Kunstmesse auf unsere Initiative der Grünen Fraktion. Die 3-tägige Messe versteht sich als Instrument der Förderung von Künstler\*innen. Aus 70 bis 100 Bewerbungen werden von einer Fachjury 30 professionelle Künstlerinnen und Künstler aus dem Bezirk ausgewählt.

Die Künstler\*innen sind während der ganzen Messe in der Kommunalen Galerie anwesend, präsentieren ihre Kunstwerke an Einzelständen und bieten ihre Arbeiten zum Verkauf an. Die Kommunale Galerie wird zum Ort des Austausches und Kennenlernens. Begleitend wird ein Katalog erstellt. Er zeugt von der Vielfalt bezirklichen Kunstschaffens mit Werken aus den Gattungen Malerei, Grafik, Fotografie und Skulptur/Objekte. Dieses Messeformat bietet alle zwei Jahre den Teilnehmer\*innen die Möglichkeit, sich den interessierten Bürger\*innen mit ihren aktuellen Werken zu zeigen.

# UNSERE FRAKTION IN DER BVV



## CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender,  
Sprecher für Haushalt und Ordnung

geboren 1969 in Berlin-Spandau,  
wohnt in Charlottenburg

**Beruf:** Rechtsanwalt

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung,  
IT und Gender Mainstreaming; Bürger-  
dienste, Wirtschafts- & Ordnungs angele-  
genheiten; Geschäftsordnung; Ältestenrat

✉ christoph.wapler@gruene-cw.de

🐦 @Ch\_Wapler



## DAGMAR KEMPF

Fraktionsvorsitzende,  
Sprecherin für Kultur und Wirtschaft

geboren 1957 in Mannheim,  
wohnt in Wilmersdorf

**Beruf:** Kommunikationswirtin

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Bürgerdienste, Wirtschafts- & Ordnungs-  
angelegenheiten (Vorsitz); Weiterbildung  
und Kultur (Vorsitz); Sport

✉ dagmar.kempf@gruene-cw.de



## JENNY WIELAND

Sprecherin für Stadtentwicklung

geboren 1967 in Hamburg,  
wohnt in Charlottenburg

**Beruf:** Dipl.-Ing. Architektin

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Stadtentwicklung;  
Eingaben und Beschwerden

✉ jenny.wieland@gruene-cw.de



## SIBYLLE CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz und Liegenschaften

geboren: 1966 in Frankfurt am Main  
wohnt in Charlottenburg

**Beruf:** Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin,  
Politikberaterin für Umwelt- und Klimaschutz

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Umwelt, Natur- & Klimaschutz, Liegenschaften  
& Grünflächen; Rechnungsprüfung

✉ sibylle.centgraf@gmx.de

🐦 @meerblau2



## SUSAN DREWS

Sprecherin für Umwelt & Naturschutz, Integration

geboren 1962 in Berlin-Schöneberg,  
Diplom-Politologin, wohnt in Wilmersdorf, 1 Kind

**Beruf:** Angestellte im Justizvollzug

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Umwelt, Natur- & Klimaschutz, Liegen-  
schaften und Grünflächen (Vorsitz);  
Integration; Ältestenrat und Kleingärten

✉ susan.drews@gruene-cw.de



## ALEXANDER KAAS ELIAS

Sprecher für Arbeit, Soziales und Mobilität

geboren 1973 in Berlin-Charlottenburg,  
wohnt in Wilmersdorf

**Beruf:** Historiker und Politikwissenschaftler,  
parlamentarischer Assistent

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Soziales, Gesundheit & Arbeit;  
Verkehr und Tiefbau

✉ alexander.kaaselias@gruene-cw.de

🐦 @\_Alex\_Berlin



## SASCHA TASCHENBERGER

Sprecher für Jugendhilfe

geboren 1969 in Berlin

**Beruf:** Erzieher

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Jugendhilfe; Soziales, Gesundheit & Arbeit;  
Behindertenbeirat

✉ sascha.taschenberger@gruene-cw.de



## ALEXANDER KOCH

Sprecher für Sportpolitik

geboren 1966 in Berlin Charlottenburg,  
wohnt in Charlottenburg

**Beruf:** Justiziar eines Design-Verbandes

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Sport; Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung,  
IT & Gender Mainstreaming; Geschäftsordnung

✉ alexander.koch@gruene-cw.de



## ANSGAR GUSY

Sprecher für Baupolitik

geboren 1962 in Gladbeck, Erzieher,  
Diplom-Kommunikationswirt, MBA

**Beruf:** Geschäftsführer in der Erwachsenen-  
bildung und der BVV-Fraktion  
Charlottenburg-Wilmersdorf

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Ältestenrat; Verkehr und Tiefbau;  
Stadtentwicklung

✉ [fraktion@gruene-cw.de](mailto:fraktion@gruene-cw.de)

🐦 [@AnsgarGusy](https://twitter.com/AnsgarGusy)



## PARWIN KOULOUBANDI

Sprecherin für Weiterbildung  
Schriftführerin der  
Bezirksverordnetenversammlung

geboren 1969 in München,  
wohnt in Wilmersdorf

**Beruf:** Ingenieurin

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Schule; Integration;  
Weiterbildung & Kultur

✉ [parwin.koulobandi@gruene-cw.de](mailto:parwin.koulobandi@gruene-cw.de)



## KORAY ÖZBAGCI

Schulpolitischer Sprecher

geboren 1995 in Berlin, wohnt in Wilmersdorf

**Beruf:** studiert Politik- und  
Verwaltungswissenschaften

**Mitglied in folgenden Ausschüssen:**  
Schule; Jugendhilfe

✉ [koray.oezbagci@gruene-cw.de](mailto:koray.oezbagci@gruene-cw.de)

🐦 [@arifkoray](https://twitter.com/arifkoray)

## Kontakt zur Fraktion

Rathaus Charlottenburg  
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Fraktionsgeschäftsführer: Ansgar Gusy

Tel.: 030 – 90 29 14 908

Fax: 030 – 90 29 14 914

✉ [fraktion@gruene-cw.de](mailto:fraktion@gruene-cw.de)

🐦 [@GrueneBVVCW](https://twitter.com/GrueneBVVCW)

## Öffnungszeiten:

montags und dienstags von 14–16 Uhr  
donnerstags von 12–14 Uhr

## Impressum

**Redaktion:** Brit Beneke, Ansgar Gusy (V.i.S.d.P.)

**Bildnachweis:** Ansgar Gusy, britibay,  
Eric Marquardt, Piotr Bialoglowicz,  
Sibylle Centgraf, Bernd Floßmann

gedruckt auf PEFC™ zertifiziertem Papier



MEHR INFOS ZUR  
GRÜNEN FRAKTION

[WWW.GRUENE-CW.DE](http://WWW.GRUENE-CW.DE)



*v.l.n.r. Reihe vorn: Koray Özbagci, Alexander Kaas Elias, Jenny Wieland, Ansgar Gusy, Susan Drews  
Reihe hinten: Parwin Kouloubandi, Sibylle Centgraf, Sascha Taschenberger, Christoph Wapler,  
Alexander Koch, Dagmar Kempf*